

Antwort auf eine Kleine Anfrage
— Drucksache 10/509 —

Betr.: Bekämpfung des Ausbildungsplatzmangels

Wortlaut der Kleinen Anfrage des Abg. Bruns (Emden) (SPD) vom 9. 12. 1983

Nach Presseinformationen soll die im Oktober 1982 von der Landesregierung beschlossene „einmalige Ausbildungsplatz-Aktion“, mit der Zuschüsse an Arbeitgeber gezahlt werden sollen, die Auszubildende vor allem in den Berufen des Berufsfeldes Wirtschaft und Verwaltung zusätzlich einstellen, nur in geringem Umfang Wirkung gehabt haben. Gleichzeitig hat das Kultusministerium die Förderung mehrerer Projekte für eine außerbetriebliche Ausbildung, z. B. in Springe und in Norden, abgelehnt, die vor allem der weiteren Ausbildung von BGJ-Abgängern, die aber keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, dienen sollten.

Ich frage die Landesregierung:

1. In welcher Höhe sind Mittel aus der im Oktober 1982 beschlossenen Ausbildungsplatz-Aktion in Anspruch genommen worden?
2. Ist die Landesregierung bereit, bei geringer Inanspruchnahme dieser Aktion aus den noch vorhandenen Mitteln (der Landtag hatte 10 Millionen DM bewilligt) im Jahre 1983 die Ausbildung in außerbetrieblichen Werkstätten zu fördern?
3. Ist sie bereit, die ablehnenden Bescheide an die Träger der oben genannten Projekte außerbetrieblicher Ausbildung zu überprüfen?

Antwort der Landesregierung

Der Niedersächsische Kultusminister
— 01 — 01 — 420/5 — 10/509 —

Hannover, den 7. 3. 1983

Zu 1.

Bis Anfang März hatten die Kammern 1433600 DM abgerechnet, was etwa 300 geförderten Ausbildungsverhältnissen entspricht. Die Abrechnungen von einigen Kammern standen noch aus; sie könnten weitere ca. 624000 DM ergeben, entsprechend etwa 130 Ausbildungsverhältnissen.

Zu 2.

Die Landesregierung geht davon aus, daß aufgrund der Zusage der Spitzenverbände der Wirtschaft die Ausbildungsbetriebe im Lande Niedersachsen alle erforderlichen zusätzlichen Anstrengungen unternehmen werden, um das Ausbildungsplatzangebot dieses

Jahres der Nachfrage anzupassen. Sie hat ferner mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß das Ausbildungsplatzangebot im Rahmen des Benachteiligtenprogramms des Bundes in Niedersachsen vermutlich auf 1000 Plätze angehoben werden kann. Das sind etwa 330 Plätze mehr als im Vorjahr. Und schließlich sind die berufsbildenden Vollzeitschulen auch 1983 bereit und imstande, für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, zunächst für ein Jahr teilqualifizierende schulische Ausbildungsangebote bereitzustellen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung zusammen mit den Sozialpartnern, insbesondere im Landesausschuß für Berufsbildung, die Entwicklung des Ausbildungsstellenmarktes bis zum Frühsommer 1983 genau und ständig beobachten. Sollten sich regionale oder sektorale Defizite abzeichnen, wird sie prüfen, ob vorübergehend angelegte zusätzliche Ausbildungsangebote geschaffen werden können, die dann jedoch außerhalb des unmittelbar betrieblichen Ausbildungsbereichs liegen würden.

Die nicht verausgabten Mittel der einmaligen Ausbildungsplatzaktion Oktober 1982 können gegebenenfalls auch für solche Notmaßnahmen Verwendung finden.

Zu 3.

Für eine erneute Überprüfung von Anträgen auf Förderung von Projekten zur außerbetrieblichen Ausbildung sieht die Landesregierung z. Z. keinen Anlaß. Die Frage der Förderung zusätzlicher — wie auch immer gearteter — Ausbildungsangebote stellt sich, wie bereits zu Frage 2 ausgeführt, z. Z. noch nicht. Wenn sie sich zu einem späteren Zeitpunkt stellen sollte, bedürfen Inhalt und Form vorübergehender Zusatzangebote einer sehr genauen Prüfung im Einvernehmen mit den Sozialpartnern. Ob die den genannten Anträgen zugrunde liegenden Ausbildungsformen dem Ergebnis der dann durchzuführenden Prüfung entsprechen, ist im gegenwärtigen Zeitpunkt naturgemäß nicht abzusehen. Dem Ergebnis dieser Prüfung kann auch jetzt nicht vorgegriffen werden.

In Vertretung
Schaede